

Ein Jahr nach der Präsidentschaftswahl im Iran: Rückblick auf die staatlichen Repressionen gegen Medienschaffende

Zahlen

- Unter den mindestens 170 festgenommenen Medienschaffenden sind 32 Frauen. 22 der 170 Journalisten und Blogger wurden zu insgesamt 135 Jahren Gefängnis verurteilt.
- 85 Journalisten warten derzeit auf ihren Prozess oder ihr Urteil.
- Die Summe der Kautionen zur Entlassung inhaftierter Medienschaffender beträgt umgerechnet mehr als vier Millionen Euro.
- Mehr als 100 Journalisten und Blogger sind aus dem Iran geflohen.
- 23 Zeitungen wurden verboten, Tausende von Websites gesperrt.
- Mit aktuell 37 Journalisten und Bloggern hinter Gittern ist der Iran neben der Volksrepublik China, Eritrea und Nordkorea eines der vier weltgrößten Gefängnisse für Medienschaffende.

Repressionen bei der Verkündung der Wahlergebnisse

Die Behörden haben den Wahlsieg Mahmud Ahmadinedschads mit Gewalt durchgesetzt. Teherans Oberstaatsanwalt Said Mortasawi schickte den oppositionsnahen Zeitungen am Abend des 11. Junis 2009 eine Warnung, auf ihren Titelseiten nicht den Sieg ihrer eigenen Kandidaten zu verkünden. Die staatlichen Medien berichteten ausschließlich über den Wahlsieg von Präsident Ahmadinedschad.

Vier der führenden reformistischen Zeitungen wurden daran gehindert, die offiziellen Wahlergebnisse zu kritisieren oder wurden geschlossen. Die Verbreitung der Zeitung „Kalameh Sabaz“, deren Eigentümer der führende Oppositionskandidat Mir Hossein Mussawi ist, wurde gestoppt. Seit dem 13. Juni ist das Blatt nicht erschienen. Ein Dutzend prominenter iranischer Journalisten, darunter **Ahmed Seydabadi, Kiwan Samimi Behbani** und **Schiwa Nasar Ahari**, wurden am 13. Juni, einen Tag nach Verkündung der Wahlergebnisse, festgenommen. Sie wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Sicherheitsdienste haben Zeitungsredaktionen besetzt, Artikel kontrolliert und zensiert. Mehdi Karubi, einer der Präsidentschaftskandidaten, berichtete darüber in einer Pressemitteilung vom 16. Juni 2009: „Ich kann meine Mitteilungen sogar in meiner eigenen Zeitung ‚Etemad Meli‘ nicht veröffentlichen. Das Blatt wurde am 17. August geschlossen, nachdem es über Vergewaltigungsfälle in den

Gefängnissen berichtet hatte. Zuvor ließen die Herausgeber die Zeitung mit einigen weißen, leeren Spalten drucken, um auf die Eingriffe der Zensoren aufmerksam zu machen.

Störung der Kommunikation

Das Regime reagierte auf die Proteste nach der Präsidentschaftswahl auch mit einem Angriff auf die Kommunikationsnetze. Die Behörden blockierten das nationale SMS-Netzwerk und verlangsamten zwei Tage vor der Präsidentschaftswahl private Internetverbindungen. Die Drosselung der Verbindungsgeschwindigkeiten dauerten während Demonstrationen im Juni und Juli in den Zentren der größten Städte an. Auch die Mobilfunknetzwerke waren hier systematischen Störungen ausgesetzt.

Es gelang dem Regime allerdings nicht, die Protestmärsche zu verhindern. Wie schon bei der Revolution 1979 wurden wichtige Informationen bei Demonstration über Mund-zu-Mund-Propaganda weitergegeben.

Straßenzeitungen und Faltblätter spielten ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Protestierenden im Sommer und zeitweise auch im Herbst. Das Internet und insbesondere die soziale Netzwerkseite „Twitter“ spielten eine Schlüsselrolle in der internationalen Kommunikation. Allerdings waren damals nur zwei Prozent der Iraner in der Lage, den Online-Dienst zu nutzen.

Webseiten der Opposition zensiert

Die Behörden können den Zugang zum Internet blockieren, da sie die Telekommunikations-Infrastruktur direkt und die Internet-Provider indirekt kontrollieren. Rund ein Dutzend oppositioneller Websites werden zensiert. Zu ihnen gehören „Entekhab“, die seit dem 11. Juni nicht erreichbar ist, „Ayandenews“, „Teribon“ sowie die reformistischen Seiten „Khordadeno“, „Aftabnews“ und „Ghalamesabz“. Blockiert sind außerdem „Norooznews“, die Nachrichtenseite der Mussawi-Partei „Partizipationsfront des islamischen Iran“, und „Ghalamsima“, eine Unterstützerseite der Mussawi-Kampagne.

Die feministische Website „Change for Equality“ wurde zum zwanzigsten Mal gesperrt. „YouTube“ und „Facebook“ sind nur schwer zu erreichen, „Gmail“ ist unerreichbar. Instant-Messaging wie Chat-Dienste kann lediglich mithilfe von bestimmten Schnittstellen (Proxies) genutzt werden.

Am Abend der Demonstrationen zum 31. Jahrestag der Islamischen Revolution am 9. Februar 2010 wurden Internetverbindungen wie auch zuvor schon zu ähnlichen Anlässen in verschiedenen Städten gebremst. Die „Cyber-Armee“, eine Hackergruppe aus dem Umfeld der Revolutionsgarden, griff zahlreiche Internetseiten wie die von „Radio Zamaneh“ an.

Kampf gegen Bilder

Das scharfe Vorgehen der Behörden dauert und äußert sich insbesondere in der Zensur von Fotos und Videos. Das Regime, das behauptete, die Präsidentschaftswahl mit einem „Erdrutschsieg“ gewonnen zu haben, versucht weiterhin, Fotos und Videos von spontanen Demonstrationen zu unterdrücken.

Fotografen wurden zum Ziel von Übergriffen. **Mehdi Sabuli, Tohid Bighi, Satyar Emami, Madschid Saidi** und viele andere wurden zwischen dem 26. Juni und dem 14. Juli 2009 verhaftet. Damit sollte vor allem das Ausmaß der Proteste verschleiert werden.

Die Revolutionsgarden verwehrten ausländischen Journalisten den Zugang zu den Protestmärschen und Versammlungen. Mohammed Saffar Harandi, Minister für Kultur und Islamische Orientierung, kündigte am 16. Juni an, dass ausländische Medien von der „Teilnahme oder Berichterstattung von Versammlungen“ ausgeschlossen seien, solange diese nicht vom Innenministerium genehmigt worden seien.

Die Korrespondenten mussten für einige Tage in ihren Hotelräumen oder zu Hause bleiben und wurden anschließend nacheinander abgeschoben. **Yolanda Alvarez**, die für den spanischen Fernsehsender „RTVE“ aus Teheran berichtete, wurde am 15. Juni mit ihrem Team des Landes verwiesen. **Iason Athanasiadis**, griechisch-britischer Mitarbeiter unter anderem der „Washington Times“, ein Fernsichteam von „France 3“, der „Newsweek“-Korrespondent **Masiar Bahari**, der „BBC“-Korrespondent **John Leyne** und viele weitere Journalisten wurden abgeschoben.

Mit Störsendern verhinderte die iranische Regierung seit Ende 2009 zudem den Empfang ausländischer Rundfunkprogramme der „BBC“, „Deutsche Welle“ und „Voice of America“. Die Ausstrahlung der Satellitenprogramme der drei Sender wurden mehrfach unterbrochen.

Propaganda und Dämonisierung ausländischer Medien

In einer Propagandakampagne wurden ausländische Journalisten beschuldigt, Spione der Vereinigten Staaten zu sein. Die erpressten Geständnisse von Häftlingen wurden im öffentlichen Rundfunk gesendet. Die Behörden widersprachen den Darstellungen, bei Demonstrationen hätten Sicherheitskräfte Gewalt benutzt. Interviewpartner leugneten den Tod von Demonstranten wie des jungen Studenten Taraneh Mussawi. Das staatliche Fernsehen verhöhnnte in seinen Programmen Augenzeugenberichte der Protestierenden.

Die Internetseite der Revolutionsgarden zeigte Fotos der Demonstrationen mit Großaufnahmen einzelner Teilnehmer und forderte Internetnutzer auf, die dargestellten Personen zu identifizieren. Ein Zentrum zur „Überwachung von Straftaten“ der Revolutionsgarden wies am 17. Juni Webseiten dazu an, Inhalte zu unterdrücken, die „die Bevölkerung ermutigt, Unruhe zu stiften oder Bedrohungen oder Gerüchte zu verbreiten“.

„Diese Seiten, erstellt mit Hilfe kanadischer und US-amerikanischer Unternehmen, erhalten ihre Unterstützung von Medien wie der ‚BBC‘, ‚Radio Farda‘ und ‚Radio Zamaneh‘, die von den US-amerikanischen und britischen Geheimdienste geschützt werden“, hieß es in der Mitteilung des Zentrums.

Gefängnis, Kautionen, Exil

Das Regime startete im Sommer 2009 eine Offensive gegen Printmedien und verhaftete viele Journalisten. Zahlreiche Zeitungen wurden geschlossen, darunter „Sarmayeh“ und „Etemad“. Am 20. Juli, mehr als einen Monat nach der Wahl, waren im Iran 40 Journalisten inhaftiert – so viele wie in keinem anderen Land der Erde.

Die Verfahren gegen die Journalisten waren hochgradig unfair: Die Angeklagten bekamen keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Nach ihrer Verurteilung wurden sie mit anderen Gefangenen eingesperrt, die angestachelt wurden, die Journalisten zu verprügeln. Zu den Misshandlungen zählten auch schwere Schläge und Vergewaltigungen – sowohl bei weiblichen als auch bei männlichen Gefangenen.

In den Abteilungen 2A1 und 209 des Teheraner Evin-Gefängnis ist Folter an der Tagesordnung. Die Abteilungen werden von den Revolutionsgarden beziehungsweise dem Geheimdienst kontrolliert.

Die exorbitanten Kautionen für die Freilassung der inhaftierten Journalisten zwangen viele Familien dazu, sich hoch zu verschulden. Die Behörden erstellten schwarze Listen und wiesen Zeitungen an, bestimmte Journalisten nicht mehr anzustellen. Die frei gewordenen Stellen wurden von Mitgliedern der Revolutionsgarden besetzt.

Ab Herbst 2009 zirkulierten Berichte über die tödliche Gewalt der Sicherheitskräfte und Revolutionsgarden. Demnach wurden rund 60 Menschen bei den Demonstrationen getötet und Dutzende verletzt. Eine zweite Verhaftungswelle traf anschließend Medienschaffende, die es wagten, über diese Repressionen zu berichten.